



Israel führt neue, strenge Visa- und Registrierungsregeln für internationale Hilfsorganisationen ein, die in den Palästinensergebieten tätig sind. Die Maßnahmen, die diese Woche bekannt gegeben wurden, ermöglichen es den israelischen Behörden, die Registrierung von Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die Palästinenser unterstützen, nach weitreichenden Kriterien abzulehnen. Dazu gehört, ob eine Organisation oder ihre Mitarbeiter jemals zum Boykott Israels aufgerufen, die Existenz Israels „als jüdischer und demokratischer Staat“ infrage gestellt oder rechtliche Schritte gegen israelische Staatsbürger vor internationalen Gerichten unterstützt haben.

Besondere Besorgnis unter Hilfsorganisationen ruft eine Regelung hervor, die sie dazu verpflichtet, Namen, Kontaktdaten und Identifikationsnummern ihrer palästinensischen Mitarbeiter offenzulegen. Israel begründet dies mit der Notwendigkeit, Verbindungen zu militanten Gruppen zu überprüfen. Angesichts der hohen Zahl getöteter humanitärer Helfer im Gaza-Krieg – über 300, die meisten davon Palästinenser – sehen Hilfsorganisationen diese Forderung jedoch als problematisch an.

Die Registrierung in Israel ist für internationale Hilfsorganisationen, die Zugang zu den Palästinensergebieten erhalten wollen, verpflichtend. Sie ermöglicht Visa, Genehmigungen, Finanztransaktionen und andere logistische Abläufe, die für groß angelegte Hilfsmaßnahmen unerlässlich sind. Dennoch steht die Verschärfung der Vorschriften im Kontext einer umfassenderen israelischen Strategie, die humanitäre Hilfe in Gaza einzuschränken und den Handlungsspielraum von NGOs zu verkleinern.

Israel verteidigt die neuen Vorschriften mit der Begründung, dass sie sicherstellen, dass humanitäre Hilfe „im Einklang mit den nationalen Interessen Israels“ geleistet wird. Die für die Koordinierung zivilgesellschaftlicher Angelegenheiten in den besetzten Gebieten zuständige Behörde des israelischen Verteidigungsministeriums, COGAT, betonte zudem, dass die neuen Regelungen frühere, pandemiebedingt ins Stocken geratene Verfahren vereinfachen würden.

Gleichzeitig wirft Israel Hilfsorganisationen ohne Vorlage von Beweisen vor, Hilfsgüter würden von Hamas, der herrschenden militanten Gruppe im Gazastreifen, umgeleitet. In einem Beitrag auf X warf COGAT Hilfsorganisationen zudem vor, „falsche Narrative“ zu verbreiten, die Israel für die mangelnde Hilfe in Gaza verantwortlich machten.

Die Einführung der neuen Regeln fällt mit einer Entscheidung von Premierminister Benjamin Netanjahu zusammen, die Einfuhr von Lebensmitteln, Treibstoff und anderen Hilfsgütern nach Gaza zu stoppen, um Druck auf Hamas auszuüben, israelische Geiseln freizulassen. Der Gaza-Krieg begann nach dem Hamas-Angriff auf israelische Ortschaften am 7. Oktober 2023,



bei dem rund 1.200 Menschen getötet und mehr als 250 als Geiseln genommen wurden. Die israelische Militäroffensive zerstörte große Teile Gazas, darunter auch kritische Infrastruktur. Laut dem Gesundheitsministerium in Gaza, das zwischen Zivilisten und Kombattanten nicht unterscheidet, wurden bisher über 48.000 Palästinenser getötet, darunter mehrheitlich Frauen und Kinder.

Während der 15 Monate andauernden Kämpfe blieben humanitäre Organisationen in der Region aktiv, unterstützten Krankenhäuser, lieferten Hilfsgüter und warnten vor einer Hungersnot in Gaza. Israel wiederum wies wiederholt den Vorwurf zurück, Hilfslieferungen zu blockieren, und machte NGOs für Verzögerungen bei der Verteilung der Hilfsgüter verantwortlich.

Amichai Chikli, Israels Minister für Diaspora-Angelegenheiten und Bekämpfung von Antisemitismus, erklärte, die neuen Vorschriften seien notwendig, um „ausländische Organisationen, die unter dem Deckmantel humanitärer Arbeit den Staat Israel untergraben, Boykotte fördern und seinen Ruf schädigen wollen“, zu regulieren. Sein Ministerium leitet den Zulassungsprozess und setzt eine neue Kommission ein, die aus Regierungsvertretern besteht, darunter Geheimdienst- und Sicherheitsbehörden, die nach Ansicht von Rechtsexperten wenig Erfahrung mit humanitären Verpflichtungen haben.

Völkerrechtlich gilt Israel als Besatzungsmacht in der Westbank und im Gazastreifen, die 1967 von Jordanien bzw. Ägypten erobert wurden. Damit ist es verpflichtet, humanitäre Hilfe zu ermöglichen. Der Internationale Gerichtshof ordnete vergangenes Jahr an, dass Israel „unverzögliche und wirksame Maßnahmen“ ergreifen müsse, um Palästinenser in Gaza vor dem Risiko eines Völkermords zu schützen. Zudem stellte das Gericht fest, dass Israel sicherstellen müsse, dass die Bevölkerung ausreichend mit Nahrung und Wasser versorgt wird.

Dennoch erhielten etwa 170 internationale NGOs, darunter Oxfam, Ärzte ohne Grenzen und der Norwegische Flüchtlingsrat, nur sechs Monate Zeit, um sich unter den neuen Vorschriften neu zu registrieren. Andernfalls würde ihre Zulassung widerrufen – mit nur sieben Tagen für eine mögliche Berufung. Diese Ankündigung folgte auf die Ablehnung einer Klage gegen die neuen Regeln durch Israels Obersten Gerichtshof. Die Klage war von der Association of International Development Agencies (AIDA), einem Zusammenschluss von mehr als 80 in den Palästinensergebieten tätigen NGOs, eingereicht worden. AIDA argumentierte, die Regelungen seien nicht mit israelischem Recht vereinbar und verstießen gegen humanitäre Prinzipien.

Zusätzlich müssen NGOs künftig detaillierte Informationen über ihre ausländischen



Mitarbeiter und deren Familienangehörige, ihre Geldgeber sowie alle Kooperationspartner, einschließlich UN-Organisationen, offenlegen.

Ein hochrangiger Vertreter einer Hilfsorganisation äußerte sich besorgt über diese Auflagen: „Es ist noch schlimmer, als wir befürchtet haben. Dies ist einer der besorgniserregendsten Momente, die wir als humanitäre Organisationen seit Langem erlebt haben.“

Viele NGOs stehen nun vor der Entscheidung, ob sie unter diesen Bedingungen weiterarbeiten oder sich zurückziehen sollen. Sean Carroll, Präsident von American Near East Refugee Aid (Anera), das seit über 55 Jahren in der Region tätig ist, sieht darin eine potenzielle existenzielle Bedrohung für die humanitäre Arbeit.

Hilfsorganisationen, die sich für die Rechte und den Schutz von Zivilisten gemäß internationalem Recht einsetzen, sehen sich besonders gefährdet. Eine der neuen Bestimmungen erlaubt es der israelischen Regierung, Organisationen abzulehnen, die „aktiv Delegitimierungskampagnen gegen Israel betreiben“. Allegra Pacheco, Menschenrechtsanwältin und Leiterin des West Bank Protection Consortiums, sagt: „Wenn man sich für die Anwendung internationalen Rechts einsetzt, könnte das bereits als anti-israelisch gewertet werden.“

Mehrere NGOs haben die aktuellen israelischen Maßnahmen scharf kritisiert. Oxfam bezeichnete die erneute Blockade von Hilfslieferungen als „rücksichtslosen Akt der kollektiven Bestrafung“. Save the Children sprach von einem „Todesurteil für Gazas Kinder“. Ärzte ohne Grenzen warf Israel vor, „Hilfe als Verhandlungsmittel“ einzusetzen.

Ein hochrangiger humanitärer Helfer warnte: „Es ist eine gefährliche Zeit für Gaza, aber auch ein gefährlicher Präzedenzfall weltweit.“ Viele NGOs wissen nicht, ob sie in wenigen Monaten noch vor Ort sein werden. „Sollen wir unter diesen Bedingungen bleiben, um den Bedürftigsten zu helfen? Oder müssen wir unsere Prinzipien bewahren und gehen? Wir wissen es nicht.“

Autor: P. Tiko